

ANTRAG

der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

Entschließung zur Umsetzung der Beschlüsse der digitalen 30. Ostseeparlamentarierkonferenz vom 30. August 2021

Der Landtag möge beschließen:

1. Der Landtag stimmt den von der 30. Ostseeparlamentarierkonferenz (*Baltic Sea Parliamentary Conference, BSPC*) am 30. August 2021 verabschiedeten Beschlüssen (Anlage) im Rahmen seiner Zuständigkeit zu.
2. Der Landtag beauftragt seine zuständigen Ausschüsse, der Arbeit und den Beschlüssen der 30. BSPC sowie dem aktualisierten Ostseeaktionsplan der Helsinki Kommission zum Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebietes (HELCOM) und dessen Umsetzung weiterhin kontinuierlich hohe Aufmerksamkeit zu widmen und dem Landtag gegebenenfalls hierzu Beschlüsse zu empfehlen.
3. Der Landtag begrüßt,
 - a) dass die schriftlichen Berichte über nachhaltigen Tourismus in der Ostseeregion durch seine Präsidentin Birgit Hesse als Berichterstatterin der BSPC für nachhaltigen Tourismus und über die Arbeit der Helsinki Kommission durch seine Erste Vizepräsidentin Beate Schlupp als Beobachterin der BSPC bei HELCOM der Ostseeparlamentarierkonferenz vorgelegt wurden und dass der Abgeordnete Jochen Schulte als Berichterstatter der BSPC für integrierte Meerespolitik auf der 30. BSPC einen Bericht vorgestellt hat;
 - b) dass in Umsetzung des Beschlusses des Landtages vom 3. Mai 2021 [Drucksache 7/6082(neu)] das Thema der Verringerung der Risiken durch Kampfmittelbelastung im Meer eine gewichtige Rolle im Rahmen der 30. BSPC gespielt hat und dass hierzu eine Veranstaltung der Stiftung Klima- und Umweltschutz MV unter Beteiligung der Ersten Vizepräsidentin Beate Schlupp und des Abgeordneten und Mitgliedes der BSPC-Arbeitsgruppe für Klimawandel und Biodiversität Philipp da Cunha am 12. August 2021 stattgefunden hat;
 - c) dass die Arbeit der durch den Landtag eingesetzten Stiftung Klima- und Umweltschutz MV im Bereich der Förderung von zivilgesellschaftlichen und kommunalen Naturschutzprojekten und Initiativen sowie der Klimainformation durch ihren Vorstandsvorsitzenden und ehemaligen Ministerpräsidenten Erwin Sellering auf der 30. BSPC vorgestellt wurde;

- d) dass der Ständige Ausschuss der BSPC den Landtag Mecklenburg-Vorpommern gebeten hat, sein Engagement im Rahmen
- der Wahrnehmung der Berichterstattung der BSPC für nachhaltigen Tourismus in der Ostseeregion durch seine Präsidentin Birgit Hesse fortzusetzen,
 - der Wahrnehmung des Beobachterstatus der BSPC bei HELCOM durch seine Erste Vizepräsidentin Beate Schlupp fortzusetzen,
 - der Wahrnehmung der Berichterstattung der BSPC für integrierte maritime Politik fortzusetzen.

Der Landtag erkennt die damit verbundene Auszeichnung und Verpflichtung an. Denn Artikel 11 seiner Verfassung verpflichtet das Land zur Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, insbesondere im Ostseeraum. Die Aktivitäten im Rahmen der Ostseeparlamentarierkonferenz zeigen, dass hoher Einsatz und intensive Arbeit die Interessen des Landes im Ostseeraum voranbringen. Vor diesem Hintergrund wird der Landtag die mit seinem Engagement in der BSPC verbundenen Aufgaben weiterhin wahrnehmen und die Arbeit der Ostseeparlamentarierkonferenz wie bisher unterstützen.

4. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich im Rahmen ihrer Zuständigkeiten auf regionaler, nationaler, europäischer und internationaler Ebene nachdrücklich für die in der Resolution enthaltenen Forderungen und Maßnahmenvorschläge, insbesondere im Hinblick auf die Themenfelder
- a) Zusammenarbeit in der Ostseeregion,
 - b) Demokratie in einer sich verändernden Medienlandschaft,
 - c) Schutz der Ostsee und der Umwelt sowie Stopp des Klimawandels und des Verlusts der biologischen Vielfalt,
 - d) Munitionsaltlasten,
- in der Ostseeregion einzusetzen, diese im Rahmen ihrer Zuständigkeiten umzusetzen sowie den Landtag entsprechend dem Beschluss des 7. Landtages vom 25. November 2020 zu der Drucksache 7/5600 bis zum 31. März 2022 über die Umsetzung der in der Resolution enthaltenen Forderungen und Maßnahmenvorschläge zu unterrichten.

Julian Barlen und Fraktion

Franz-Robert Liskow und Fraktion

Jeannine Rösler und Fraktion

Dr. Harald Terpe und Fraktion

René Domke und Fraktion

Begründung:

Am 30. August 2021 fand die 30. Jahrestagung der Ostseeparlamentarierkonferenz (*Baltic Sea Parliamentary Conference, BSPC*) statt. Aufgrund der mit der COVID-19-Pandemie verbundenen Einschränkungen wurde die Konferenz zum zweiten Mal in ihrer Geschichte im digitalen Format abgehalten. Die 30. Jubiläumskonferenz stand unter dem Motto „Nachhaltige Demokratie - Entgegnung und Anpassung an eine Welt im Wandel“ und brachte mehr als 150 Delegierte aus den Staaten und Regionen des gesamten Ostseeraums zusammen, um über die aktuellsten Themen wie der regionalen Zusammenarbeit im Lichte der Pandemie, der Herausforderungen für Demokratie im digitalen Zeitalter sowie des Schutzes der Ostsee und der Umwelt mit Hinblick auf den Klimawandel und die Bewahrung der Artenvielfalt zu diskutieren. Zum Abschluss wurde einstimmig eine Konferenzresolution verabschiedet, die konkrete Handlungsempfehlungen für die Regierungen der Ostseeregion, den Ostseerat und die Europäische Union beinhaltet.

Zu der Delegation des Landtages Mecklenburg-Vorpommern, geleitet von seiner Ersten Vizepräsidentin, Frau Beate Schlupp (CDU), zählten die Abgeordneten Herr Dirk Friedriszik (SPD), Herr Nikolaus Kramer (AfD), Herr Karsten Kolbe (DIE LINKE), sowie Herr Jochen Schulte (SPD) als Berichterstatter für integrierte maritime Politik und Herr Philipp da Cunha (SPD) als Mitglied der Arbeitsgruppe für Klimawandel und Biodiversität.

Die Konferenz wurde durch den Präsidenten des schwedischen Riksdag, Herrn Dr. Andreas Norlén, die schwedische Außenministerin, Frau Ann Linde, und den Präsidenten der Ostseeparlamentarierkonferenz und Abgeordneten des schwedischen Parlaments, Herrn Pyry Niemi eröffnet. Der erste Sitzungsabschnitt wurde der Zusammenarbeit in der Ostseeregion auf Basis inklusiver Partizipation und des Vertrauens in das demokratische System gewidmet. Sowohl die norwegische Außenministerin, Frau Ine Eriksen Søreide, als auch der deutsche Staatsminister für Europa, Herr Michael Roth, unterstrichen die Bedeutung internationaler Kooperation auf parlamentarischer, staatlicher und zivilgesellschaftlicher Ebene für die Lösung aktueller Probleme im Bereich des Umweltschutzes und des wachsenden Misstrauens in demokratische Institutionen. Im zweiten Sitzungsabschnitt wurden die mit der Digitalisierung verbundenen Chancen und Herausforderungen für Demokratie behandelt. Im Zentrum der Debatte stand dabei der Schutz der Medien- und Redefreiheit im Kontext der rapiden Entwicklung von neuen Medien und der Verbreitung von Desinformationen im Netz. Im Anschluss fand eine Generaldebatte über die bevorstehenden Aufgaben mit besonderem Fokus auf den Neubeginn nach der Pandemie sowie den Klimaschutz statt. Daran anknüpfend warfen die Delegierten im dritten Konferenzabschnitt einen detaillierteren Blick auf das Thema „Klimawandel und Biodiversität“. Zunächst wies die Bundesumweltministerin, Frau Svenja Schulze, auf die bevorgestandene Verabschiedung des aktualisierten Ostseeaktionsplans (*Baltic Sea Action Plan, BSAP*) durch die HELCOM-Ministerkonferenz im Oktober 2021 sowie auf die dringende Notwendigkeit der Umsetzung entsprechender Umweltschutzmaßnahmen hin. Danach präsentierte die Vorsitzende der BSPC-Arbeitsgruppe für Klimawandel und Biodiversität den Zwischenbericht sowie die vorläufigen Forderungen und Empfehlungen der Arbeitsgruppe. Zudem stellte der Vorstandsvorsitzende der Stiftung Klima- und Umweltschutz MV und der ehemalige Ministerpräsident des Landes, Herr Erwin Sellering, die Arbeit der durch den Landtag eingesetzten Stiftung im Bereich der Förderung von zivilgesellschaftlichen und kommunalen Naturschutzprojekten und Initiativen sowie der Klimainformationen vor.

Anlässlich des 30. Jubiläums der Ostseeparlamentarierkonferenz wurden des Weiteren eine feierliche Sitzung mit Festreden von ehemaligen BSPC-Vorsitzenden und dem Vertreter des Ostseejugendforums organisiert. Zum Schluss der Feierstunde wies die Präsidentin der Hamburgischen Bürgerschaft, ehemalige BSPC-Präsidentin und Vorsitzende der BSPC-Arbeitsgruppe für Migration und Integration, Frau Carola Veit, auf die Jubiläumsbroschüre „30 Jahre BSPC“ hin, in der Beiträge von den Vorsitzenden der BSPC-Mitgliedsparlamente, darunter auch von der Landtagspräsidentin Birgit Hesse und der Ersten Vizepräsidentin Beate Schlupp, veröffentlicht wurden.

Im vierten Konferenzabschnitt wurden traditionell die Berichte der BSPC Berichterstatte(r)innen und Berichterstatte(r) vorgestellt. In Wahrnehmung seines Mandats als Maritimer Berichterstatte(r) der BSPC informierte Herr Jochen Schulte die Konferenz über die aktuellen Entwicklungen im Bereich der integrierten Meerespolitik. In der Abschlusssitzung wurde eine Verlängerung des Mandats der Arbeitsgruppe für Klimawandel und Biodiversität um ein weiteres Jahr bis 2023 beschlossen. Darüber hinaus wurde die Amtszeit des schwedischen Abgeordneten, Herrn Pyry Niemi, als BSPC-Präsident um ein weiteres Jahr bis zur 31. Jahrestagung der BSPC vom 12. bis 14. Juni 2022 verlängert.

Höhepunkt der Jahrestagung war die einstimmige Verabschiedung der Resolution der 30. Ostseeparlamentarierkonferenz. Die wesentlichen inhaltlichen Schwerpunkte der Entschließung beziehen sich im Hinblick auf die **Zusammenarbeit in der Region** auf die Stärkung der grenzüberschreitenden Kooperation und die Förderung einer gemeinsamen regionalen Identität und gemeinsamer Werte durch Kultur, Forschung, Bildung und Wissenschaft. Wohlstand und ökologisch stabile und solide Umweltbedingungen sollen als ein Grundrecht in Entscheidungsprozessen erachtet werden. Zudem wird gefordert, Kontinuität bei der Teilhabe junger Menschen anzustreben. Des Weiteren setzt sich die Entschließung für die Förderung regionaler Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich, im Bereich des zivilen Schutzes, des Schutzes gefährdeter Kinder und der Bewältigung von Migrationsströmen ein. Darüber hinaus soll durch die Verbesserung des grenzüberschreitenden Schienenverkehrs und die Lockerung bestehender Visabeschränkungen die Entwicklung des nachhaltigen Tourismus gefördert und Reisehindernisse in der Region verringert werden.

In Bezug auf **Demokratie in einer sich verändernden Medienlandschaft** fordert die Resolution u. a. die Unterstützung nationaler, europäischer und globaler Maßnahmen zur Förderung der Informations- und Medienkompetenz. Internationale Normen, demokratische Werte und Menschenrechtsgrundsätze sollen im globalen Informations- und Kommunikationsraum umgesetzt werden. Zudem soll ein internationaler Ethikkodex für den digitalen Wandel diskutiert, entwickelt und verabschiedet werden. Gegen aggressiven Missbrauch von sozialen Medien sollen Maßnahmen unternommen werden, die die Opfer in den Mittelpunkt stellen. Die Ostseeparlamentarierkonferenz fordert darüber hinaus die Verabschiedung rechtlicher Verordnungen und nationaler Strategien für die Stärkung der demokratischen Resilienz gegen digitale Gewalt und Straftaten im Internet und die Bekämpfung von Online-Hassrede.

Mit Blick auf den **Schutz der Ostsee und der Umwelt für künftige Generationen** ruft die Konferenz zur schnelleren und konsequenteren Umsetzung des aktualisierten HELCOM-Ostseeaktionsplans auf, insbesondere bei der Reduzierung aller absichtlichen und unabsichtlichen Nährstoffeinträge in die See und der Verringerung von Emissionen, inklusive Schiffsemissionen. Im Hinblick auf die Auswirkungen von Kunststoffen auf die Umwelt sollen unnötige Kunststoffverpackungen verringert und Kunststoffabfälle nachhaltig entsorgt werden.

Zudem wird zur Unterstützung des regionalen Aktionsplans gegen Meeremüll der Helsinki Kommission aufgerufen. Dieser sollte zusammen mit dem HELCOM-Ostseeaktionsplan im Oktober 2021 beschlossen werden. Bezugnehmend auf die Folgen der gestiegenen Schifffahrts- und Kreuzfahrttourismus für den Klimawandel und den Rückgang der biologischen Vielfalt wird gefordert, den Übergang von fossilen Brennstoffen auf nachhaltige, erneuerbare Brennstoffe zu beschleunigen und Maßnahmen zu ergreifen, um die Emission von Ruß durch Schiffe zu reduzieren. Um die Verhütung der Einführung schädlicher Wasserorganismen und Krankheitserreger im Ballastwasser zu unterstützen, sollen neue Technologien gefördert und das Ballastwasser-Übereinkommen strikt angewandt werden.

Schließlich schlägt die Resolution eine Reihe von Maßnahmen zur **Lösung des Problems der versenkten Munition** vor. So wird gefordert, die nationalen Erkenntnisse, Forschungsergebnisse und Daten in einer (HELCOM-)Expertengruppe zusammenzutragen, um konkrete Handlungsempfehlungen zur Beseitigung von Kampfmitteln in der Ostsee zu erarbeiten. Des Weiteren wird zur Konkretisierung des in der Entschließung der 28. BSPC erwähnten Finanzinstruments ein internationaler - womöglich durch die HELCOM verwaltete - Geberfonds vorgeschlagen. Ziel ist, den Ostseeraum als eine weltweite Modellregion für die ökologisch nachhaltige, schnelle und bezahlbare Bergung, Dekontaminierung und Beseitigung von im Meer versenkten Kampfmitteln zu etablieren.

Ablauf der 30. Ostseeparlamentarierkonferenz am 30. August 2021

Nachhaltige Demokratie - Entgegnung und Anpassung an eine Welt im Wandel

Am 30. August 2021 kamen mehr als 150 Abgeordnete, hochrangige Gäste und Sachverständige in digitalem Rahmen zusammen, um das 30. Jubiläum der Ostseeparlamentarierkonferenz zu begehen und die aktuellen politischen, gesellschaftlichen und ökologischen Herausforderungen im Ostseeraum zu besprechen. Im Vorfeld der Konferenz fand am 26. August die virtuelle Sitzung des Redaktionsausschusses statt. Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern ist in diesem Gremium durch seine Erste Vizepräsidentin, Frau **Beate Schlupp**, vertreten. Gegenstand der Beratungen waren die insgesamt 48 eingereichten Änderungs- und Ergänzungsanträge zum Resolutionsentwurf, der vom Ständigen Ausschuss erarbeitet wurde. Die finale Version der Resolution wurde auf der Konferenz gemäß der Geschäftsordnung der BSPP im Konsens verabschiedet.

Eröffnung

Mit einem Schlaglicht auf das hundertste Jubiläum der Demokratie in Schweden wurde das vom schwedischen BSPP-Vorsitz definierte Schwerpunktthema „Nachhaltige Demokratie“ gleich zu Beginn der Konferenz von dem Vorsitzenden des schwedischen Parlaments, **Dr. Andreas Norlén**, der schwedischen Außenministerin, Frau **Ann Linde**, und dem aktuellen Präsidenten der Ostseeparlamentarierkonferenz, Herrn **Pyry Niemi**, hervorgehoben. In den Eröffnungsreden wurde wiederholt unterstrichen, dass demokratische Werte, Freiheiten und Menschenrechte keine Selbstverständlichkeit darstellen und ständige, intensive Arbeit benötigen - sowohl lokal als auch international.

So warf **Dr. Andreas Norlén** einen Blick zurück auf die Ereignisse der letzten 30 Jahre im Ostseeraum und hob die Bedeutung der zwischenparlamentarischen und generationenübergreifenden Zusammenarbeit hervor, die im Hinblick auf die aktuellen Herausforderungen genauso wichtig sei, wie vor drei Dekaden. Auch Frau **Ann Linde** betonte, dass demokratische Institutionen und parlamentarische Zusammenarbeit in Krisenzeiten von zentraler Bedeutung seien, denn sie stellen wichtige Instrumente zum Schutz der Demokratie und Menschenrechte dar. Über diplomatische Aktivitäten versuche sich Schweden für Rechtsstaatlichkeit und Medienfreiheit einzusetzen. Jedoch auch in Bereichen wie der Jugendzusammenarbeit, des Kampfes gegen organisierte Kriminalität sowie des Zivil- und Klimaschutzes brauche es mehr internationale Kooperation. Viele Herausforderungen gehen über die staatlichen Grenzen hinaus, so Herr **Pyry Niemi**, und verlangen deshalb gemeinsames Handeln. In diesem Zusammenhang skizzierte er die Aktivitäten der Ostseeparlamentarierkonferenz im vergangenen Jahr und hob vor allem die Beratungen über Demokratie in einer sich wandelnden Medienlandschaft, die Rolle der Parlamente in Zeiten der COVID-19-Pandemie, den demografischen Wandel sowie den Klimawandel und den Schutz der Artenvielfalt in der Ostseeregion hervor. Auch die Einbeziehung junger Menschen in die Entscheidungsfindung sowie die Kooperation mit anderen parlamentarischen Organisationen wie der Parlamentarischen Versammlung der Schwarzmeerwirtschaftskooperation (PABSEC) und der Parlamentarischen Versammlung des Mittelmeers (PAM) seien wichtige Anliegen des schwedischen Vorsitzes und der Ostseeparlamentarierkonferenz gewesen.

Erster Sitzungsabschnitt: Zusammenarbeit in der Ostseeregion

Die erste Sitzung wurde traditionell der Zusammenarbeit in der Region gewidmet. Friedliche Nachbarschaft und intensive Kooperation auf Grundlage gemeinsamer Werte, des Vertrauens in demokratische Institutionen und inklusiver Partizipation seien in den vergangenen 30 Jahren Ziel und Hauptanliegen der Ostseeparlamentarierkonferenz gewesen, so der Vize-Vorsitzende der BSPC und Mitglied des Deutschen Bundestages, Herr **Johannes Schraps**, der die Sitzung moderierte.

Die Bedeutung internationaler parlamentarischer Zusammenarbeit vor allem in Zeiten großer Veränderungen und Herausforderungen sowie sich verschärfender Spannungen wurde auch von der norwegischen Außenministerin und Vorsitzenden des Ostseerates 2021 bis 2022, Frau **Ine Eriksen Søreide**, hervorgehoben. Die Klimakrise, die Instabilität in Afghanistan, die Abschwächung demokratischer Werte und die wachsende Polarisierung sowie das Misstrauen in bestehende politische Institutionen seien große Herausforderungen, die gemeinsam adressiert werden sollten. Die Ostseeregion sei in der Lage, diese Herausforderungen zu meistern. Unter der litauischen Präsidentschaft habe der Ostseerat ein strategisches Programm für den Ostseeraum bis 2030 - die zweite Erklärung von Vilnius - beschlossen. Die norwegische Präsidentschaft werde sich daran orientieren und für Kontinuität mit besonderem Fokus auf grüne Transformation, die Entwicklung einer regionalen Identität, den Zivilschutz sowie den Kampf gegen organisiertes Verbrechen und Cyberkriminalität sorgen.

Die Kooperation im Ostseeraum zeichne sich durch einen praktischen Ansatz aus, man könne jedoch die Menschenrechtsverletzungen im Nachbarland Belarus nicht außer Acht lassen. Frau **Søreide** rief Belarus zum Dialog mit der Opposition, zum Ende der Gewalt, zur Freilassung politischer Gefangener und zur Einhaltung bindender internationaler Verpflichtungen auf. Abschließend betonte sie die Bedeutung der Jugendbeteiligung an Entscheidungsprozessen, denn Dialog und Kontakte zwischen Jugendlichen seien in Zukunft wichtig für die Förderung einer regionalen Identität und des gegenseitigen Verständnisses für die Lösung gemeinsamer Probleme.

Der Staatsminister für Europa im Auswärtigen Amt, Herr **Michael Roth**, unterstrich ebenfalls die Bedeutung internationaler Institutionen als wichtige Foren für den Aufbau von Vertrauen und Kooperation. Er hob drei Themen hervor, die für die Zusammenarbeit im Ostseeraum zentral seien: Demokratie als gemeinsamer Nenner, Klima- und Umweltschutz sowie Jugendpartizipation. Zudem stelle die Beseitigung der Munitionsaltlasten im Meer ein Bereich dar, in dem die Ostseeregion zu einem weltweiten Vorreiter werden könne. Deutschland werde den Vorsitz des Ostseerates im Juni 2022 übernehmen und die Ostseeparlamentarierkonferenz werde ein wichtiger Partner in der Förderung der Ostseekooperation bleiben.

Zweiter Sitzungsabschnitt: Demokratie in einer sich wandelnden Medienlandschaft

Der Fokus der zweiten Sitzung lag auf dem vom schwedischen BSPC-Vorsitz gesetzten Schwerpunktthema „Demokratie in einer sich wandelnden Medienlandschaft“. Die schwedische Abgeordnete, Frau **Pernilla Stålhammar**, eröffnete die Sitzung und wies darauf hin, dass die Entwicklung digitaler Technologien nicht nur neue Möglichkeiten, sondern auch Risiken und Herausforderungen für politische Kommunikation bedeuten könne.

Die Präsidentin der Parlamentarischen Versammlung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE PV), Frau **Margareta Cederfelt**, beschrieb die Entwicklung der Medienlandschaft in den letzten 20 Jahren und hob die negativen wie positiven Einflüsse sozialer Medien auf Demokratie hervor. So stelle die schnelle Verbreitung von Desinformationen über neue Medien eine Bedrohung für Demokratie dar; gleichzeitig habe in Belarus das Internet die Gesellschaft verändert und der Opposition geholfen, sich zu organisieren. Die Förderung von Medienkompetenz sei notwendig, um Menschen zu helfen, zwischen echten und gefälschten Nachrichten zu unterscheiden und sich so vor Fehlinformationen und Propaganda zu schützen. Man brauche eine starke und informierte Öffentlichkeit, aber auch Normen und Gesetze sowie Qualitätsstandards sowohl für traditionelle, als auch für neue Medien. Für die OSZE sei der Schutz der Medienfreiheit ein sehr wichtiges Anliegen. Gleichzeitig sollten Politikerinnen und Politiker darüber nachdenken, welche Rolle sie selbst in der politischen Kommunikation spielen und sich für die Stärkung der Demokratie einsetzen.

Anschließend sprach **Prof. Dr. Jeanette Hofmann** vom Weizenbaum-Institut über das komplexe Verhältnis zwischen Demokratie und Digitalisierung sowie gegenwärtige Tendenzen bei der Regulierung von Internet-Plattformen. Digitalisierung werde oft als Treiber demokratischer Veränderungen betrachtet, sie stärke jedoch auch Phänomene wie Hassrede und Desinformation. Technologie stehe nicht für sich alleine, denn sie werde von Menschen genutzt. Über die Jahrzehnte habe sich Demokratie verändert, auch wenn demokratische Institutionen und Verfassungen stabil geblieben seien. Es sind neue Institutionen und neue Formen der politischen Beteiligung entstanden, z. B. soziale Bewegungen, die sich durch flache Hierarchien und Fokussierung auf konkrete Themen und Problemen auszeichnen. Die wachsende Rolle sozialer Medien zeige eine Veränderung der öffentlichen Sphäre in Richtung höherer Interaktion. Die neu entstandenen horizontalen und konsensbasierten digitalen Strukturen sollten ebenfalls reguliert werden. In diesem Zusammenhang sprach Frau **Prof. Dr. Hofmann** über die Wichtigkeit der Strafverfolgung und des Schutzes von Menschenrechten im Netz sowie der Regulierung digitaler Dienste. Auf Internet-Plattformen solle mehr Transparenz und ein Beschwerdemanagementsystem gewährleistet werden. Es solle auch mehr für die Unterstützung der Opfer von Hassrede unternommen werden. In Zukunft solle eine öffentlich-private Infrastruktur zum Menschenrechtsschutz im Internet entstehen.

Der Abgeordnete der russischen Staatsduma, Herr **Oleg Nilov**, sah das Fehlen gemeinsamer Maßstäbe und Standards als ein erhebliches Hindernis für die Differenzierung und Beurteilung von Begriffen wie „Redefreiheit“ und „Fake News“. Zum Beispiel sei die öffentliche Wahrnehmung von Personen wie Edward Snowden und Alexej Nawalny im Westen und in Russland sehr unterschiedlich. Er warf die Frage auf, wie gemeinsame Wahrnehmungen geschaffen werden könnten, denn das Messen mit zweierlei Maß sei der Ursprung des Problems. Zum Schluss rief Herr **Nilov** zu mehr Offenheit und Ehrlichkeit in der gegenseitigen Kommunikation auf.

Der Vorstandsvorsitzende der schwedischen Sektion von „Reporter ohne Grenzen“, Herr **Erik Halkjaer**, stellte fest, dass sich die Situation der Pressefreiheit im Zuge der Pandemie in vielen Ländern weltweit und auch in der Ostseeregion verschlechtert habe. Selbst in der Europäischen Union gebe es Angriffe auf Journalistinnen und Journalisten; die größten Gefahren für freien Journalismus in der Europäischen Union und in der Ostseeregion stellen jedoch Schikanen, Hassreden sowie staatliche Unterdrückung dar. Die Bevölkerungen seien einer massiven Desinformationswelle ausgesetzt worden, die Herr **Halkjaer** mit dem Begriff der „Infodemie“ beschrieb. Ermöglicht worden sei dies durch die stetig wachsende Macht der Internet-Plattformen und die Anwendung intransparenter Algorithmen. Auf Internet-Plattformen solle Medienpluralismus gefördert werden, es sollten Instrumente für die Verifizierung journalistischer Beiträge und Quellen sowie für Qualitätskontrolle geschaffen werden, denn Desinformation lasse sich am Effektivsten durch Unterstützung von vertrauenswürdigen und transparentem Journalismus bekämpfen. Einige Länder der Ostseeregion zögen hingegen den Weg der Verbote und Sperrungen vor. Man solle jedoch durch moralisch gute Beispiele anstatt Verbote agieren. Zum Schluss wiederholte er die Forderung nach mehr Transparenz und Verifikation als Mittel gegen Fehlinformationen.

In der anschließenden Diskussion unterstrich Frau **Cederfelt**, dass internationale Normen und Verträge im Bereich des Meinungsfreiheitsschutzes ungeachtet unterschiedlicher Wahrnehmungen einzuhalten seien. Meinungsfreiheit bedeute die Freiheit, die eigene Meinung zu äußern, ohne Angst um das eigene Leben zu haben.

Generaldebatte: Neubeginn nach der COVID-19-Pandemie

In der Generaldebatte, moderiert vom Abgeordneten des lettischen Parlaments, Herrn **Arvils Ašeradens**, besprachen die Delegierten eine Reihe von Themen, die von den Auswirkungen der Pandemie auf die Wirtschaft bis hin zu den Grundsätzen der Ostsee-Kooperation mit Blick auf die Krise reichten. Herr **Ašeradens** erläuterte die Maßnahmen, die durch die Baltischen Staaten getroffen wurden, um die Pandemie zu bekämpfen und die Wirtschaft wiederzubeleben. Die Schwerpunkte, die gesetzt worden seien, fokussierten sich auf die Entwicklung in Richtung Kreislaufwirtschaft und Klimaneutralität.

Der stellvertretende Außenminister der Republik Litauen, Herr **Arnoldas Pranckevičius**, verwies auf die zentralen Herausforderungen, die die Ostseeregion noch länger begleiten würden, und zog dabei einige Lehren aus der Pandemie. Der Bericht des Weltklimarates (*Intergovernmental Panel on Climate Change, IPCC*) habe gezeigt, dass die Klimakrise sich weiter verschärfe, und dass daher dringend Maßnahmen notwendig seien, um bis zum Jahr 2050 das Ziel eines klimaneutralen Europas zu erreichen. Die Digitalisierung habe das Ausmaß globaler Vernetzung, aber auch Fragmentierung deutlich gemacht. Die Politik solle sich damit auseinandersetzen, wie digitale Instrumente missbraucht werden, und in den Bereichen Cybersicherheit und Datenschutz aktiver werden. Die Frage der Migration und Integration werde weiterhin hoch auf der politischen Agenda stehen. Europa solle in diesem Zusammenhang gemeinsame Lösungen finden - auch mit Blick auf das Phänomen der durch Drittstaaten instrumentalisierten Migration. Zum Schluss sprach er über den weltweiten Rückzug der Demokratie, der es notwendig mache, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und gemeinsame Werte wieder ins Zentrum der Diskussionen zu rücken. All das seien die Hauptanliegen der durch den Ostseerat unter litauischem Vorsitz verabschiedeten zweiten Erklärung von Vilnius gewesen.

Die Zusammenarbeit zur Lösung gemeinsamer Probleme in der Ostseeregion wurde im Anschluss durch den Abgeordneten des Parlaments der autonomen finnischen Provinz Åland, Herrn **Wille Valve**, aufgegriffen. Die Ostseeparlamentarierkonferenz habe sich zu einem Vorbild entwickelt, es müsse jedoch im Bereich des Meeresschutzes viel mehr getan werden. Auch wenn durch die Einführung von Kläranlagen, das Verbot der Abwasserentsorgung auf See durch Kreuzfahrtschiffe und die Reduzierung des Phosphoreintrags in die Ostsee erhebliche Fortschritte bei der Bekämpfung von Eutrophierung erzielt werden konnten, sei die Ostsee in keinem guten ökologischen Zustand. Daher seien verstärkte gemeinsame Anstrengungen und Maßnahmen notwendig, um die Meeresumwelt für zukünftige Generationen zu bewahren.

Auch der BSPC-Vizepräsident, Herr **Johannes Schraps**, verwies auf die lange Tradition der Kooperation im Ostseeraum und die Erfolge der letzten drei Dekaden. Die Ostseeparlamentarierkonferenz und die Mitgliedsparlamente sollten weiterhin die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel nutzen, um Druck auf die Regierungen auszuüben, denn die Region stehe vor enormen Herausforderungen. Die BSPC habe durch die Einsetzung von Arbeitsgruppen mehrere Themen angesprochen und Akzente gesetzt, z. B. in den Bereichen Tourismus, Migration und Integration sowie Klimawandel und Artenschutz. Auch wenn man nicht immer einer Meinung gewesen sei, habe der intensive und offene Austausch geholfen, gemeinsame Positionen und Lösungen zu erarbeiten.

Das Mitglied des russischen Föderationsrates, Herr **Sergey Perminov**, unterstrich ebenfalls die Bedeutung gemeinsamer Lösungen sowie eines offenen und konsensorientierten Austausches zur Überwindung geteilter Probleme und ging insbesondere auf den Schutz der Meere und die Herausforderungen für Demokratie ein.

Der Vertreter des im Vorfeld der 30. BSPC abgehaltenen Ostseejugendforums (*Baltic Sea Parliamentary Youth Forum*), Herr **Jonas Færgeman**, hob vor allem die Bedeutung des Themas Klimaschutz für die junge Generation hervor. Obwohl das Problem bereits länger bekannt sei, sei in den vergangenen sechs Jahrzehnten wenig unternommen worden, um den Klimawandel zu bekämpfen. Im Gegensatz dazu habe die COVID-19-Pandemie gezeigt, dass politische Maßnahmen schnell ergriffen werden könnten. Er rief die Politik zu schnellem und kompetentem Engagement für die Rettung des Klimas auf.

Dritter Sitzungsabschnitt: Klimawandel und Biodiversität

Die dritte Sitzung, geleitet von der Abgeordneten der russischen Staatsduma, Frau **Valentina Pivnenko**, setzte sich mit dem aktuellen Problem des Klimawandels und des anhaltenden Verlusts der Artenvielfalt auseinander. Frau **Pivnenko** hob die in den vergangenen 30 Jahren erzielten Erfolge beim Schutz der Meeresumwelt der Ostsee hervor und wies insbesondere auf die Etablierung eines Netzes von Meeresschutzgebieten (*Marine Protected Areas, MPAs*) und die Notwendigkeit effektiver Maßnahmen gegen Meeresmüll hin. Sie unterstrich die Bedeutung eines Austausches zwischen politischen und wissenschaftlichen Akteuren und plädierte für stärkere internationale Zusammenarbeit auf Basis gemeinsamer Regeln.

Die Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, Frau **Svenja Schulze**, erinnerte daran, dass der aktuelle deutsche Vorsitz der Helsinki Kommission die Interaktion zwischen Klimawandel und Artenvielfalt hoch auf die HELCOM-Agenda gesetzt habe. Marine Ökosysteme seien schwer vom Klimawandel betroffen, könnten jedoch auch einen Beitrag zur Bekämpfung der Auswirkungen des Klimawandels leisten. In diesem Zusammenhang unterstütze das von Frau **Schulze** geleitete Ministerium Forschungsinitiativen im Bereich *Blue Carbon*. Sie unterstrich jedoch, dass der Klimawandel nur durch die globale Reduktion der Treibhausgas-Emissionen gestoppt werden könne. Ein weiterer Fokus des deutschen HELCOM-Vorsitzes sei die Verbesserung des Systems der Meeresschutzgebiete und ihres Managements. Frau **Schulze** wies auf die Fortschritte bei der Aktualisierung des HELCOM-Ostseeaktionsplans hin und betonte, dass seine effektive Umsetzung eine parteiübergreifende Unterstützung benötigen werde.

Anschließend berichtete die Vorsitzende der BSPC-Arbeitsgruppe für Klimawandel und Biodiversität und Abgeordnete des schwedischen Parlaments, Frau **Cecilie Tenfjord-Toftby**, über die bisherigen Aktivitäten und Zwischenempfehlungen der Arbeitsgruppe. Sie stimmte Frau **Schulze** zu, dass länderübergreifende politische Unterstützung und eine Auseinandersetzung mit diesem Thema notwendig seien und hob den intensiven Austausch mit Expertinnen und Experten im Rahmen der Arbeitsgruppensitzungen hervor. Wenn es um lokale Projekte und Initiativen im Bereich des Klimaschutzes gehe, sei die Arbeit und Kommunikation mit lokalen Akteuren sowie eine nachhaltige und längerfristige Finanzierung von zentraler Bedeutung. Die Arbeitsgruppe wolle auch die Ergebnisse und Empfehlungen des am 28. August abgehaltenen Ostseejugendforums in ihre Arbeit aufnehmen. Der auf der BSPC-Website veröffentlichte Zwischenbericht stelle ein strategisches Dokument für die zukünftigen Tätigkeiten der Arbeitsgruppe dar.

Mit Blick auf negative Auswirkungen des Klimawandels auf die Meeresökosysteme und die Rolle gesunder Meere für die Bewältigung der Klimakrise betonte der Staatssekretär im schwedischen Umweltministerium, Herr **Anders Mankler**, dass sich Schweden für einen ganzheitlichen Umgang mit dem Themenkomplex Klima- und Meeresschutz einsetze. Die Erweiterung des Netzes von Meeresschutzgebieten, der Schutz von Fischbeständen in der Ostsee sowie die Umsetzung der im Rahmen von HELCOM vereinbarten Maßnahmen gegen Eutrophierung seien von zentraler Bedeutung im gemeinsamen Handeln im Bereich des Meeresschutzes. Die für den Sommer 2022 geplante Stockholm+50-Konferenz könne durch die Einbeziehung unterschiedlicher Interessensgruppen zu einem Sprungbrett für einen Systemwandel in allen relevanten Bereichen des Klimaschutzes werden.

Der ehemalige Ministerpräsident Mecklenburg-Vorpommerns und Vorstandsvorsitzende der Stiftung Klima- und Umweltschutz MV, Herr **Erwin Sellering**, stellte die Arbeit der durch den Landtag eingesetzten Stiftung im Bereich der Unterstützung lokaler Klimaschutzinitiativen vor. Er betonte, dass es wichtig sei, dass relevante staatliche Anstrengungen durch die Einbindung der Bevölkerung und die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft unterstützt werden. Um den Klimawandel effektiv zu bekämpfen, brauche es eine Stärkung des öffentlichen Problembewusstseins. Die Stiftung trage zur Förderung des Klimabewusstseins bei, indem sie Projekte einzelner Bürgerinnen und Bürger sowie Initiativen von Kommunen unterstütze und Klimainformationsarbeit betreibe. So habe die Stiftung im Vorfeld der Ostseeparlamentarierkonferenz eine öffentliche Veranstaltung zu versenkter Munition durchgeführt, um zur Sensibilisierung für dieses Thema beizutragen. Die Bewältigung dieser großen Aufgabe bedürfe jedoch der Zusammenarbeit aller Ostseeanrainerstaaten.

Im Anschluss präsentierten Herr **Liviu Pintilie** und Frau **Kamila Ciok** die Empfehlungen und Vorschläge des Ostseejugendforums. So fordere das Jugendforum die Förderung umweltfreundlicherer Landwirtschaft, von Innovationen in grüne Energie und der Entwicklung in Richtung Kreislaufwirtschaft. **Kamila Ciok** betonte, dass die bestehende multilaterale Zusammenarbeit auf internationaler Ebene sowie mit der Zivilgesellschaft gestärkt werden müsse. Dabei sollten der Mensch und die Anliegen lokaler Gesellschaften ins Zentrum der Klimaschutzpolitik rücken. Man brauche ein besseres Verständnis, was man am Ende erreichen wolle, sowie eine Formulierung entsprechender Zielsetzungen und Maßnahmen. Die junge Generation wolle miteinbezogen werden und sei bereit, sich aktiv einzubringen.

Die stellvertretende Vorsitzende der Arbeitsgruppe für Klimawandel und Biodiversität und Abgeordnete des Parlaments der autonomen finnischen Provinz Åland, Frau **Liz Mattson**, wies auf die Bedeutung der Ostsee für die Ålandinseln hin. Temperaturveränderungen in Luft und Wasser seien bereits nachgewiesen worden und hätten dramatische Auswirkungen auf Fischbestände und lokale Wirtschaft. Åland versuche intelligente Lösungen für Abwasser und Wasserversorgung zu finden. Auch wenn konkreten Ergebnisse Zeit bräuchten, um sich zu manifestieren, zeige das lokale Engagement bereits Wirkungen. Lokale und individuelle Initiativen seien wichtig, internationale Zusammenarbeit sei jedoch unerlässlich für den Schutz der Ostsee, für die alle Anrainerstaaten eine gemeinsame Verantwortung trügen.

Der Direktor der Atlantischen Sektion des Shirshov-Instituts für Ozeanologie der Russischen Akademie der Wissenschaften, Herr **Dr. Vadim Sivkov**, sprach über das Problem der Messung von Treibhausgas-Emissionen und berichtete über die Umsetzung eines Politprojekts zur Entwicklung so genannter *Carbon Polygons* in der Russischen Föderation. Der bisher eingesetzter *Carbon Polygon* in der Kaliningrader Region verfüge über zwei Onshore- und Offshore-Anlagen. Ziel dieser Testgelände sei das Monitoring von Treibhausgasen, die Messung ihrer Konzentrationen und die Modellierung ihres zukünftigen Verhaltens.

Feierstunde anlässlich des 30. Jubiläums der Ostseeparlamentarierkonferenz

Die feierliche Sitzung anlässlich des 30. Jubiläums der Ostseeparlamentarierkonferenz wurde durch die Präsidentin der Hamburgischen Bürgerschaft, ehemals BSPC-Präsidentin und Vorsitzende der BSPC-Arbeitsgruppe für Migration und Integration, Frau **Carola Veit**, und den ehemaligen BSPC-Präsidenten, Herrn **Jörgen Pettersson**, eröffnet und moderiert. Sie hoben die lange Tradition der Konferenz und die intensive Zusammenarbeit mit Expertinnen und Experten bei der Formulierung an die Regierungen gerichteter Handlungsempfehlungen hervor.

Der ehemalige BSPC-Präsident Lettlands, Herr **Prof. Jānis Vucāns**, wies auf die zahlreichen Veränderungen hin, die in den vergangenen 30 Jahren nicht nur die Ostseeparlamentarierkonferenz, sondern auch andere regionale Organisationen erlebt hätten. Im Jahr 1991 habe das Ziel bestanden, die Sichtbarkeit der Ostseeregion zu erhöhen und die nachhaltige Entwicklung sowie den Schutz der Meeresumwelt der Ostsee voranzutreiben. Ungeachtet der Transformationen sei die Entwicklung einer Vision für die Ostseeregion immer das Hauptanliegen der BSPC gewesen. Forderungen an die Exekutive seien über die Jahre konkreter und knapper geworden, was als positive Entwicklung zu betrachten sei.

Das Mitglied der russischen Staatsduma und die ehemalige BSPC-Präsidentin, Frau **Valentina Pivnenko**, bedankte sich bei den BSPC-Mitgliedern für die gute Zusammenarbeit der letzten Jahre. Sowohl Russland als auch die Europäischen Union hätten in dieser Zeit erhebliche Transformationen durchlaufen. Die gemeinsame Arbeit habe stets auf gegenseitiger Unterstützung und gegenseitigem Verständnis basiert. Sogar die Frage der Visaliberalisierung habe auf der Agenda gestanden. Seit 2014 hätten sich die Beziehungen jedoch deutlich verschlechtert. In diesem Zusammenhang kritisierte Frau **Pivnenko** die Nichtanerkennung der Krim als Teil der Russischen Föderation trotz des durchgeführten Referendums. Es sei auch zu respektieren, dass sich das Parlament der Republik Krim für einen Anschluss an Russland entschieden habe. Belarus sei ein anderes Thema, bei dem es deutliche Meinungsverschiedenheiten gebe. Seit fünfzehn Jahren diskutiere die Ostseeparlamentarierkonferenz, ob Belarus den Status als Beobachter bei der BSPC erhalten solle, und jetzt versuche man, Belarus in demokratischen Fragen zu belehren. Abschließend merkte Frau **Pivnenko** an, dass die Ostseestaaten dazu bestimmt seien, trotz Differenzen und Meinungsverschiedenheiten für den Frieden zusammenzuarbeiten.

Der ehemalige BSPC-Präsident und ehemalige Vorsitzende der Delegation des Deutschen Bundestages, Herr **Franz Thönnnes**, gratulierte der Ostseeparlamentarierkonferenz zum dreißigjährigen Jubiläum und wies darauf hin, dass das *Baltic Sea Labour Forum* sein zehnjähriges Jubiläum feiere. Er betonte, dass die Helsinki-Prinzipien von 1991 als leitende Prinzipien bei der Konfliktlösung beachtet werden sollten. Daran sollten alle Ostseestaaten festhalten und nach keinen alternativen Regeln suchen. Man sei in Bezug auf die Situation in Belarus unterschiedlicher Meinung, das solle einen Austausch jedoch nicht verhindern. Herr **Thönnnes** hob hervor, dass die BSPC sich als erste regionale Organisation mit Fragen des Umweltschutzes beschäftigt habe, und zeigte sich stolz über die zahlreichen gemeinsamen Projekte, die sich aus der Zusammenarbeit entwickelt hätten. Die Ostseeparlamentarierinnen und -parlamentarier sollen von einer gemeinsamen Vision geleitet werden, die sich Frieden, Dialog, Klimaschutz und Zusammenarbeit mit Zivilgesellschaft und Jugend als Ziele setzte. Beschlüsse, die im Rahmen der BSPC gefasst werden, sollten auch in den Mitgliedsstaaten und -regionen umgesetzt werden, denn kein Mitgliedland könne allein gemeinsame Probleme lösen.

Die Rolle und die Bedeutung der BSPC-Arbeitsgruppen bei der Suche nach gemeinsamen Lösungsansätzen für geteilte Probleme wurde anschließend unterstrichen von der ehemaligen BSPC-Präsidentin aus Finnland, Frau **Christin Gerstin**. Zwischenparlamentarischer Austausch sei gerade in Krisenzeiten besonders wichtig. Traditionell sei die Arbeit der BSPC durch Geduld und eine strategische Vision gekennzeichnet gewesen. Deshalb werde die BSPC auch in Zukunft ein bedeutendes Forum für Beratungen über sensible Fragen bleiben.

Herr **Jonas Færgeman**, der die Position der jungen Generation repräsentierte, ging abschließend auf das Thema Digitalisierung ein und kritisierte das instrumentelle Verständnis von sozialen Medien, das in der Politik herrsche. Auch in Bezug auf die Jugendbeteiligung äußerte er den Wunsch nach echter Einbeziehung in Entscheidungsprozesse. Schließlich fordere die Jugend lediglich, dass sich die Politik an die eigenen Versprechen halte.

Vierter Sitzungsabschnitt: Grußworte und Berichte

Die vierte Sitzung, moderiert durch den Abgeordneten des polnischen Parlaments, Herrn **Jaroslav Wałęsa**, wurde den Grußworten der Vertreterinnen und Vertreter von Partnerorganisationen sowie den traditionellen Präsentationen der BSPC-Berichterstatterinnen und -erstatter gewidmet.

Der Vertreter der Parlamentarischen Versammlung des Mittelmeers (*Parliamentary Assembly of the Mediterranean, PAM*), Herr **Pedro Roque**, sprach über die Notwendigkeit entschlossener Maßnahmen gegen den Klimawandel sowie einer grünen Wende nach der COVID-19-Pandemie. Der Generalsekretär der Parlamentarischen Versammlung der Schwarzmeerwirtschaftskooperation (*Parliamentary Assembly of the Black Sea Economic Cooperation, PABSEC*), Herr **Asaf Hajjiyev**, hob die wiederkehrende Herausforderung durch Fluchtbewegungen hervor und rief zu einer Einigung auf gemeinsame Regeln und Normen auf. Der Generalsekretär des Ostseerates, Herr **Grzegorz Marek Poznański**, erwähnte die strategischen Schwerpunkte der zweiten Erklärung von Vilnius und unterstrich, dass der begleitende Aktionsplan umgesetzt werden müsse. Zudem sprach er über die Wichtigkeit einer informierten Öffentlichkeit sowie aktiver Jugendbeteiligung für die Demokratie. Der Vorsitzende der *Baltic Sea States Subregional Cooperation (BSSSC)*, Herr **Mieczysław Struk**, betonte, dass Rechtsstaatlichkeit, Solidarität, Nachhaltigkeit und Einbeziehung der Jugendlichen notwendig seien, um die aktuellen Herausforderungen im Bereich der Migration, der Klimakrise, aber auch versenkter Munition, zu stemmen. Der Präsident der Konferenz der Peripheren Küstenregionen Europas (*Conference of Peripheral Maritime Regions of Europe, CPMR*), Herr **Jari Nakhanen**, hob ebenfalls die Bedeutung nachhaltiger Entwicklung und der Bekämpfung der Auswirkungen des Klimawandels hervor. Zudem seien die Verstärkung der Konnektivität im Ostseeraum mit Blick auf die Verbesserung der Transportwege und der regionalen Vernetzung sowie die Entwicklung der Arktis weitere wichtige Anliegen für die CPMR. Auch Herr **Anders Bergström** vom *Baltic Sea NGO Network* sprach von der Notwendigkeit gemeinsamer Lösungen in der Klimakrise, auch in sozialen Fragen. Die makroregionalen Strategien der EU böten Möglichkeiten für die Vernetzung von relevanten Akteuren und Partnern; die Finanzierung solle jedoch nachhaltig gestaltet werden. Frau **Ulla Karin Nurm** vom Sekretariat der Partnerschaft der Nördlichen Dimension für öffentliche Gesundheit und soziales Wohlergehen (*Northern Dimension Partnership in Public Health and Social Well-being, NDPHS*) warf einen Blick auf die Auswirkungen des Klimawandels auf die menschliche Gesundheit und betonte, dass die Bekämpfung der Klimakrise einer transsektoralen Zusammenarbeit bedürfe. Auch Frau **Anna Mannfalk**, Vizevorsitzende des Gesundheitskomitees der Region Skåne, unterstrich die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren, da diese nicht nur zur Förderung des öffentlichen Problembewusstseins beitragen, sondern auch als Dienstleistungsträger im öffentlichen Bereich agierten und innovative Konzepte entwickelten.

Im zweiten Teil der Sitzung wurden die BSPC-Berichte im Bereich versenkter Munition, Migration und Integration sowie integrierter Meerespolitik vorgestellt.

Zunächst mahnte der Abgeordnete des Deutschen Bundestags und BSPC-Berichterstatter für versenkte Munition, Herr **Peter Stein**, dass die Zeit zur Lösung des Problems dränge und dies nicht nur für die Ökosysteme in der Ostsee wichtig sei, sondern es auch um die Beseitigung einer schrecklichen Vergangenheit gehe. Niemand in Europa wolle noch einmal einen Krieg erleben. Es dürfe nie wieder zu einem so sorglosen Umgang mit der Ostsee kommen; der Umgang mit der Ostsee solle vorbildlich für die Welt werden.

Die BSPC-Berichterstatterin für Migration und Integration, Frau **Carola Veit**, stellte fest, dass viele Länder der Ostseeregion ihre Migrations- und Integrationsstrategien aktuell überarbeiteten und sprach sich für einen gemeinsamen europäischen Ansatz aus. Sie drückte ihr Bedauern aus, dass die COVID-19-Pandemie negative Auswirkungen auf die Integration von Migrantinnen und Migranten hatte und rief die Staaten dazu auf, sich weiterhin über bewährte Praktiken in diesem Bereich auszutauschen.

Der Abgeordnete des Landtages Mecklenburg-Vorpommern und BSPC-Berichterstatter für integrierte Meerespolitik, Herr **Jochen Schulte**, unterstrich die Bedeutung maritimer Wirtschaft für globalen Handel und wies auf die Herausforderungen für die Frachtschifffahrt im Zuge der COVID-19-Pandemie hin. Mit Blick auf die Entwicklung alternativer Treibstoffe und innovativer Hafentechnologien erwähnte er jedoch auch die Möglichkeiten zur nachhaltigen Transformation der Schifffahrt.

Abschluss der Jahrestagung

In der abschließenden Sitzung beschloss die Konferenz eine Verlängerung des Mandats der Arbeitsgruppe für Klimawandel und Biodiversität um ein weiteres Jahr bis 2023.

Anschließend verabschiedete das Plenum im Konsens die Konferenzentschließung.

Am Ende der Konferenz wurde die Amtszeit des schwedischen Abgeordneten **Pyry Niemi** als BSPC-Präsident um ein weiteres Jahr bis zur 31. Jahrestagung der BSPC verlängert. Im kommenden Jahr findet die Jahreskonferenz vom 12. bis 14. Juni 2022 in Stockholm statt.



30.08. 2021, 17.17

Entschließung der Konferenz

Angenommen von der 30. Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC)

Die Teilnehmer, die gewählten Vertreter der Staaten der Ostseeregion, die am 30. August 2021 online zusammengekommen sind,

- bekräftigen erneut - mitten im derzeitigen Prozess der Bekämpfung der COVID-19-Pandemie und der Bewältigung ihrer Auswirkungen - die dringende Notwendigkeit und die Erwartung, dass alle Ostseestaaten weiterhin alle Anstrengungen unternehmen, um sicherzustellen, dass der Ostseeraum eine Region der friedlichen und engen Nachbarschaft und der intensiven Zusammenarbeit bleibt;
- unterstreichen, dass demokratische Werte, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, Medienfreiheit, eine starke Zivilgesellschaft und stabile NGOs sowie Chancengleichheit für alle die Grundlage unserer Zusammenarbeit sind;
- nutzen alle uns zur Verfügung stehenden Mittel, um mit der Regierung von Belarus zu kommunizieren, um Menschenrechte, Frieden und Demokratie in Belarus als einem wichtigen Teil des Ostseeraums und Europas nachhaltig zu gewährleisten;
- weisen darauf hin, dass enge und intensive zwischenmenschliche Kontakte auf allen Ebenen - den Parlamenten, Regierungen und der Zivilgesellschaft - das Rückgrat für Frieden, Wohlstand und Umweltschutz in der Region sind;
- unterstreichen, dass der Jugendaustausch und die Inklusion von Jugendlichen und jungen Menschen die Voraussetzung für die Garantie und Sicherung dieser Grundlagen des Ostseeraums auch für zukünftige Generationen sind;
- begrüßen das Jugendforum der Ostseeparlamentarierkonferenz, das am 28. August 2021 stattfand, berücksichtigen die Schlussfolgerungen des Forums bei der anstehenden Arbeit und fördern weiterhin die Einbeziehung junger Menschen in die Arbeit der BSPC;

- begrüßen die erneuerte strategische Vision - die Vilnius-II-Erklärung „Eine Vision für den Ostseeraum bis 2030“ - und den darauffolgenden Aktionsplan des Ostseerates, der beim Ministertreffen des Ostseerats am 1. Juni 2021 verabschiedet wurde, sowie die erneuerte „EU-Strategie für den Aktionsplan für den Ostseeraum“ und die „Schlussfolgerungen des Rates zur Umsetzung der makroregionalen Strategien der EU“ mit Stand vom 3. Dezember 2020;
- stellen fest, dass das ökologische System der Ostsee sowie die allgemeine Umwelt an Land und im Meer nicht mehr länger als separate Punkte im Zusammenhang mit anderen Faktoren wie der Wirtschaft betrachtet werden sollten. Dies ist notwendig, da die Lebensbedingungen für die Bevölkerung im Ostseeraum vollständig davon abhängen werden, ob es uns gelingen wird, das Ökosystem der Ostsee zu erhalten und zu verbessern.

rufen die Regierungen im Ostseeraum, den Ostseerat und die EU auf,

im Hinblick auf die Zusammenarbeit im Ostseeraum

den Neubeginn nach der Pandemie und das aktuelle Jahrzehnt zu nutzen, um

1. entschlossen Vertrauen unter ihren Nationen und bei allen Kooperationen aufzubauen, auszuweiten und zu vertiefen;
2. Wohlstand, Sicherheit und regionale Identität für alle Menschen im Ostseeraum zu stärken;
3. sich bei ihrem Wirtschaftswachstum, ihrer Entwicklung und ihren Innovationen auf Nachhaltigkeit zu konzentrieren und einen guten ökologischen Zustand der Ostsee sowie einen soliden und nachhaltigen Zustand ihrer Umwelt zu erzielen;
4. eine bessere Inklusion, Wohlstand, öffentliche Gesundheit und sozialen Zusammenhalt anzustreben, jedoch auch die bestehende Kluft zwischen den Ländern des Ostseeraums durch gemeinsame Anstrengungen zu verringern;
5. aktuelle und zukünftige Herausforderungen und Krisen durch verstärkte gemeinsame Maßnahmen zu bewältigen;
6. die Elemente einer gemeinsamen regionalen Identität und die gemeinsamen Werte durch Kultur, Forschung, Bildung und Wissenschaft zu fördern;
7. entschlossen den dynamischen und verstärkten Austausch zwischen den Menschen zu betreiben und persönliche Kontakte und den persönlichen Austausch von Ideen, Erfahrungen und Ansichten auf der Grundlage aktiver Zivilgesellschaften zu erleichtern;
8. Kontinuität bei der Teilhabe junger Menschen anzustreben, einen zielführenden Austausch von Meinungen und Ideen mit und unter jungen Menschen auf der Grundlage des Dialogs und der tatsächlichen Einflussnahme zu ermöglichen und junge Menschen an Entscheidungsprozessen zu beteiligen;

9. die Möglichkeiten der Digitalisierung, die allen Menschen zugänglich sein sollte, für die Kommunikation zu nutzen und grundlegend zu verbessern sowie die digitale Kluft in der Region zu schließen;
10. benachteiligte Menschen zu schützen und diejenigen auf bestmögliche Weise zu integrieren, die legitim Schutz vor Verfolgung in der Region suchen;
11. Wohlstand und ökologisch stabile und solide Umweltbedingungen für zukünftige Generationen als ein Grundrecht in den Entscheidungsprozessen von heute zu erachten;
12. die regionale Zusammenarbeit für den zivilen Schutz zu fördern, darunter die Verhütung von und die Vorbereitung und die Reaktion auf Naturkatastrophen und Industrieunfälle und den Schutz der Bevölkerung der Ostsee-Anrainerstaaten vor Natur- und vor vom Menschen verursachten Katastrophen, die weiterhin wichtige Themen für die BSPC sind;
13. fortzufahren, gefährdete Kinder zu schützen, die organisierte Kriminalität zu bekämpfen und Migrationsströme zu bewältigen als Bereiche der intensiven Kooperation zwischen den Ostseestaaten;
14. nachhaltigen Tourismus zu fördern, unter anderem durch die Verbesserung des grenzüberschreitenden Schienenverkehrs, um ein klimafreundlicheres Reisen zu ermöglichen und Reisehindernisse in der Region zu verringern, beispielsweise durch die Lockerung der bestehenden Visabeschränkungen;
15. Optionen für die Entwicklung des medizinischen Tourismus zu identifizieren – um den Menschen in der Region zu helfen, eine medizinische Behandlung im gesamten Ostseeraum zu erhalten, nicht zuletzt im Kontext der COVID-19-Pandemie;
16. eine gemeinsame Lösung für die gegenseitige Anerkennung anerkannter Impf- und Testbescheinigungen zu finden, die von unseren Ländern validiert und anerkannt sind, um zur Verhütung einer neuen Coronavirus (COVID-19)-Infektion beizutragen, z.B. weil Grenzregionen aufgrund des grenzüberschreitenden Verkehrs besonders betroffen sind;
17. gegebenenfalls eine Wiederaufnahme der Gipfeltreffen der Regierungschefs der Ostseestaaten zu erwägen;
18. die Beziehungen zwischen der nationalen, regionalen und kommunalen Ebene der Ostseezusammenarbeit zu stärken, und zwar durch Unterstützung der Zusammenarbeit zwischen dem Ostseerat (CBSS), der Subregionalen Zusammenarbeit zwischen den Ostseestaaten (BSSS), der CPMR-Ostseekommission und der Union der Ostseestädte (UBC) sowie die Aufforderung an eine größere Anzahl von Gebieten und Städten, sich an ihr zu beteiligen;
19. die finanzielle Grundlage einer praktischen Zusammenarbeit in der Region zu stärken durch die Ausweitung des Zuständigkeitsbereichs der Project Support Facility des Ostseerates, unter anderem durch die Nutzung öffentlich-privater Partnerschaftsmechanismen;

20. zusammenzuarbeiten, um den Ostseeraum als eine bedeutende, wettbewerbsfähige Wissensregion mit einer exzellenten Hochschul- und Forschungsinfrastruktur zu stärken;
21. die Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich im Ostseeraum zu fördern, um besser mit Situationen wie die derzeitigen COVID-19-Pandemie umzugehen sowie Erfahrungen und beispielhafte Vorgehensweisen in diesem Bereich auszutauschen;
22. eine bessere Anpassung der Mittel und Verordnungen zwischen den Hauptfonds der EU sowie den regionalen und nationalen Fonds für grenzüberschreitende und transnationale Kooperationsprojekte, die makroregionale Herausforderungen sozialer und wirtschaftlicher Natur angehen, zu ermöglichen;
23. die Synchronisierung des Vorsitzes über die Gruppe der persönlichen Vertreter der Regierungschefs der Ostseestaaten zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität mit dem Vorsitz über den Ostseerat zu unterstützen, mit der am 1. Juli 2021 begonnen wurde, wobei Norwegen den Vorsitz innehatte;
24. den Projektentwicklungsprozess und das Konzept mit dem Titel „Baltic Sea Cultural Cities and Regions (BSCCR)“ unter dem Motto „Water connects us, but culture unites us“ („Wasser verbindet uns, aber die Kultur eint uns“) mit dem Ostseerat als führendem Partner zu unterstützen, das darauf abzielt, Städte und Regionen, Menschen, kulturelle Organisationen und Fachkräfte zu verbinden, indem es die Sichtbarkeit der kulturellen Vielfalt im Ostseeraum erhöht.

im Hinblick auf die Demokratie in einer sich verändernden Medienlandschaft

Digitalisierung, Bekämpfung von Falschinformationen, Fehlinformationen und „Fake News“ sowie der Schutz der freien Medien und der Redefreiheit

25. ein kontinuierliches Engagement und eine ständige Verpflichtung sowie umfassende Anstrengungen und eine umfassende Unterstützung zur Stärkung des Vertrauens in die demokratischen Strukturen und Werte durchzusetzen, um Toleranz und Offenheit, Medien- und Meinungsfreiheit sowie starke NGOs als Grundpfeiler der Demokratien im Ostseeraum zu fördern;
26. die Förderung der Medienkompetenz bei jungen Menschen auszuweiten, um sie in die Lage zu versetzen, kritisch zu denken und Informationen zu bewerten;
27. das Potenzial der sozialen Medien zu nutzen, um junge Menschen zu motivieren, sich an politischen Diskussionen und Entscheidungsprozessen zu beteiligen;
28. rechtliche Verordnungen und nationale Strategien zu verabschieden - auch in Bereichen wie Justiz, Verteidigung, Schule, Forschung, öffentliche Bildung, Bibliothekswesen, kulturelle Institutionen, Medien, Zivilgesellschaft, NGOs und Unternehmen - um die demokratische Resilienz gegen digitale Gewalt und Straftaten über das Internet zu stärken und Online-Hassrede zu verhindern und zu bekämpfen;
29. über einen internationalen Ethikkodex für den digitalen Wandel zu diskutieren, ihn zu entwickeln und zu verabschieden;

30. weitere praktische Unterstützungsmaßnahmen einzuleiten, um die pluralistischen, unabhängigen Medien im Ostseeraum zu stärken und ihre Nachhaltigkeit im digitalen Zeitalter zu gewährleisten;
31. die Förderung und Umsetzung von internationalen Normen, demokratischen Werte und Menschenrechtsgrundsätzen im globalen Informations- und Kommunikationsraum zu unterstützen;
32. Maßnahmen gegen den aggressiven Missbrauch der sozialen Medien als eine Form von digitaler Gewalt zu unternehmen und einen Ansatz, der die Opfer in den Mittelpunkt stellt, ins Zentrum der Maßnahmen zu stellen und dabei die sozialen Medien als ein wichtiges Instrument für das demokratische Handeln anzuerkennen;
33. Maßnahmen für die Umsetzung von Ziel 16 für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen unter den Aspekten des Zugangs zu kostenlosen Informationen und der Meinungsfreiheit einzuleiten;
34. nationale, europäische und globale Maßnahmen zur Förderung der Informations- und Medienkompetenz zu unterstützen, darunter die Umsetzung von VN-Resolution 75/267 über die Globale Woche für Medien- und Informationskompetenz, die von der VN-Generalversammlung am 25. März 2021 verabschiedet wurde.

im Hinblick auf den Schutz der Ostsee und unserer Umwelt für künftige Generationen sowie des Stopps des Klimawandels und des Verlusts der biologischen Vielfalt

35. ein deutliches und entschlossenes Signal zu senden durch die Verabschiedung einer ehrgeizigen Fortschreibung des Ostsee-Aktionsplans durch das HELCOM-Ministertreffen am 20. Oktober 2021 unter dem gegenwärtigen deutschen Vorsitz sowie mithilfe einer regelmäßigen Kontrolle ihrer Umsetzung sicherzustellen, dass seine Ziele in allen Ländern des Ostseeraums schneller und konsequenter als zuvor umgesetzt werden, um bis zum Ende dieses Jahrzehnts einen guten ökologischen Zustand der Ostsee und ihrer Umwelt zu erzielen;
36. mit verstärkten gemeinsamen strukturierten Bemühungen zur Reduzierung aller absichtlichen und unabsichtlichen Nährstoffeinträge in die See den Schwerpunkt auf die ökologische Nachhaltigkeit der Ostsee zu legen;
37. im Einklang mit der Agenda 2030 der Vereinten Nationen, dem Pariser Abkommen und dem Ostsee-Aktionsplan 2030 bedeutende Schritte für die Verringerung der Emissionen zu unternehmen und die Resilienz wichtiger Wirtschaftssektoren, z.B. Industrie, Verkehr und Bau, gegen Klimaänderungen sowie die Verstärkung von natürlichen Kohlenstoffpeichern, z. B. Wäldern, zu erreichen;
38. anzuerkennen, dass globales Handeln und grenzübergreifende Zusammenarbeit erforderlich sind, um die Auswirkungen des Klimawandels zu mildern, die biologische Vielfalt zu erhalten und zu schützen sowie die Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung mit dem Schwerpunkt auf Klimaschutz (SDG13), Ozeanen (SDG14) und biologischer Vielfalt (SDG15) zu unterstützen;

39. sowohl regionale als auch lokale Projekte zu fördern und finanziell zu unterstützen, die auf der Grundlage der Forschung darauf abzielen, die Meeresumwelt und die Umwelt an Land sowie die Ökosysteme in der Ostsee und in ihren Einzugsgebieten zu verbessern und zu erhalten;
40. die Gemeinschaften vor Ort in der gegenwärtigen Lage weiterhin zu beteiligen und zu informieren, um von allen Teilen der Gesellschaft, einschließlich Unternehmen und Zivilgesellschaft, Unterstützung und Engagement für den langfristigen Versuch, einen guten Umweltstatus in den Küstengebieten und über sie hinaus zurückzugewinnen, zu erhalten;
41. eine weitere Reduzierung der Nährstoffeinträge in die Ostsee anzustreben und die Entwicklung von Technologien und Innovationen zu unterstützen, die die Eutrophierung der Ostsee verringern werden;
42. weitere Maßnahmen zu ergreifen, um Schiffsemissionen in die Ostsee zu verringern;
43. auch in Zukunft Investitionen in grüne Wasserstofftechnologien zu unterstützen, um die Kohlendioxidemissionen zu verringern;
44. zusammenzuarbeiten und Informationen im Hinblick auf die Risikobewertung und notwendige Küstenschutzmaßnahmen aufgrund steigender Meeresspiegel auszutauschen;
45. im Hinblick auf die Auswirkungen von Kunststoffen auf Umwelt, Klimawandel und biologische Vielfalt
 - a. zu bedenken, dass es aufgrund des grenzübergreifenden Charakters der Meeresabfälle und der besonderen Anfälligkeit des darumliegenden Ostseegebietes von gegenseitigem Interesse ist, die Eintragung von Kunststoffen in die Umwelt zu vermeiden und zu diesem Zweck unnötige Kunststoffverpackungen von Anfang an zu verringern und Kunststoffabfälle nachhaltig zu entsorgen;
 - b. sich daher zu verpflichten, die Inkraftsetzung des Regionalen Aktionsplans der HELCOM gegen Meeresabfälle sowie der in ihm vorgesehenen Maßnahmen als Teil des fortgeschriebenen Ostsee-Aktionsplans auf regionaler Ebene zu unterstützen und
 - c. den Beginn von Verhandlungen über ein neues ehrgeiziges globales Abkommen bei der Umweltversammlung der Vereinten Nationen UNEA 5.2 zu unterstützen, um den nächsten entscheidenden Schritt auf internationaler Ebene zu unternehmen;
46. im Hinblick auf die Folgen eines gestiegenen Schifffahrts- und Kreuzfahrttourismus für den Klimawandel und den Rückgang der biologischen Vielfalt in der Ostsee
 - a. anzuerkennen, dass die Ostsee das Binnenmeer mit dem größten Seeverkehrsaufkommen und ein Binnenmeer mit einem geringen Wasseraustausch ist;
 - b. anzuerkennen, dass ein globales Handeln und grenzübergreifende Zusammenarbeit erforderlich sind, um die Emissionen eines gestiegenen Kreuzfahrttourismus und sonstigen Schiffsverkehrs auf der Ostsee abzuschwächen;
 - c. den Übergang von Schiffen, insbesondere Kreuzfahrtschiffen, von fossilen Brennstoffen auf nachhaltige, erneuerbare Brennstoffe zu fördern und zu beschleunigen, damit der Schiffsverkehr klimaneutral und umweltfreundlicher wird;

- d. weitere Maßnahmen zu ergreifen, um die Emissionen von Ruß durch Schiffe zu reduzieren; dies beinhaltet Unterstützungsmaßnahmen in Bezug auf Technologien und Infrastruktur aus dem Stromversorgungsnetz der Häfen;
- e. die Entwicklung von Technologien und Innovationen zu unterstützen, die das Einleiten von Abfällen aus Schiffen in die Ostsee weiter reduzieren werden;
- f. die Verhütung der Einführung schädlicher Wasserorganismen und Krankheitserreger im Ballastwasser zu unterstützen durch die Förderung einer weiteren Entwicklung von Technologien und Innovationen und eine strikte Anwendung der Ballastwasserkonvention sowie einen aktiven Beitrag zur Phase des Erfahrungsaufbaus;
- g. zu versuchen, die Meeresumwelt und die Umwelt an Land sowie die Ökosysteme in der Ostsee zu verbessern und zu erhalten;

47. im Hinblick auf Munitionsaltlasten

- a. gemäß den Entschlüssen der 28. und der 29. BSPC die Anstrengungen zur Entdeckung und Neutralisierung von Kampfmitteln in der Ostsee mit konkreten Maßnahmen über eine multilaterale Zusammenarbeit zu verstärken;
- b. die unterschiedlichen nationalen Erkenntnisse, Forschungsergebnisse und Daten in einer Expertengruppe - falls möglich bei der HELCOM - zusammenzubringen und auf dieser Grundlage konkrete Maßnahmen zur Beseitigung von Kampfmitteln in der Ostsee zu erarbeiten;
- c. zur Konkretisierung des in der 28. Entschluß der BSPC erwähnten Finanzinstruments einen internationalen Geberfond anzustreben und zu prüfen, ob die HELCOM einen derartigen Fond verwalten könnte;
- d. den Ostseeraum als eine weltweite Modellregion für die ökologisch nachhaltige, schnelle und bezahlbare Bergung, Dekontaminierung und Beseitigung von im Meer versenkten Kampfmitteln zu etablieren;
- e. alle erforderlichen Maßnahmen zu unternehmen, die darauf abzielen, die Beseitigung und Entschärfung von Kampfmitteln und anderen gefährlichen Produkten in der Ostsee innerhalb der nächsten 20 Jahre abzuschließen;
- f. die Möglichkeit zu prüfen, diese Aufgabe als eine langfristige ökologische Priorität ausdrücklich in den Ostsee-Aktionsplan der HELCOM aufzunehmen.

Ferner beschließt die Konferenz,

48. das freundliche Angebot des schwedischen Parlaments, die 31. Ostseeparlamentarierkonferenz vom 12. bis 14. Juni 2022 in Stockholm auszurichten, zu begrüßen.